



Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes (Gesetz zur Anpassung der Altersentschädigung der Abgeordneten)

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/3438 -

ZWEITE BERATUNG

Abgeordneter Brandner, AfD:

Es ist eine traumhafte Dramaturgie heute hier, Herr Präsident. Ein glückliches Händchen bei der Rednerliste. Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll, Herr Korschewsky, Ihnen stand ja die Panik ins Gesicht geschrieben. Ich habe mal gerechnet, seit 2009 im Landtag, da dürften Sie inzwischen Rentenansprüche von 2.000 Euro haben, oder? Haben Sie das Ihren Wählern draußen schon mal erzählt, dass Sie nach acht Jahren im Landtag hier mit 2.000 Euro nach Hause gehen, was kein Wähler draußen jemals in seinem Leben an Rentenansprüchen haben wird? Erzählen Sie es mal draußen!

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Sie haben ja keine Ahnung!)

Wenn Sie von geklauten Ideen reden, Herr Korschewsky, dann müssen Sie sich entscheiden. Entweder sind unsere Ideen Unsinn oder die sind von Ihnen geklaut, oder beides. Sie müssen sich schon entscheiden. Was wir hier haben, kann von Ihnen geklaut sein, das wäre natürlich dann das Problem, dass Sie dagegen sprechen. Aber das kennen wir ja von Ihnen, dass Sie seit der Zeit, in der Sie hier mit Ihren Mehrheiten bestimmen könnten, alles vergessen haben, was Sie in den letzten 25 Jahren erzählt haben. Diese Kehrtwendungen müssen Sie draußen auch mal erklären.

Wenn Sie auf die Nebeneinkünfte eingehen – da haben Sie mich ja rausgepickt, das ist Ihr gutes Recht –, haben Sie aber natürlich vergessen, dass die sozialdemokratische Finanzministerin die Königin des Nebenverdiensts hier in diesem Hause ist und nebenbei noch ungefähr das Doppelte oder Dreifache von dem einsteckt, was ich nebenbei verdiene. Sie haben auch vergessen, dass auf Platz zwei meines Erachtens der Herr Müller von den Grünen rangiert,

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, CDU: Aber im Haus!)

der ach so sozialen Grünen, der sich auch ordentlich die Taschen nebenbei vollmacht, wenn ich Ihren Ausführungen folgen darf. Und dann kommt der kleine Brandner auf Platz drei. Wenn Sie schon mich rauspicken, dann nennen Sie auch Platz eins und Platz zwei, da sind die Sozialdemokraten und die Grünen richtig prominent vertreten.

(Beifall AfD)

Frau Rothe-Beinlich, Sie und Ihr Arbeitskreis – muss ich Ihnen sagen – langweilen mich langsam auch. Wir haben inzwischen – ich habe es mal hier zusammengefasst – eingebracht: Diätenerhöhungen stoppen, automatische Erhöhungen von Diäten stoppen. Ihr Einwand: Wir machen einen Arbeitskreis und besprechen das da. Wir wollten Zusatzentschädigungen für Vorsitzende der Ausschüsse abschaffen. Ihr Einwand: Wir machen einen Arbeitskreis, wir besprechen das da. Wir wollten die Zuschläge für Vizepräsidenten abschaffen. Ihr Einwand: Wir machen einen Arbeitskreis, wir besprechen das da. Wir wollten den Landtag verkleinern. Ihr Einwand: Wir machen einen Arbeitskreis, wir besprechen das da. Und es gab tatsächlich einen Arbeitskreis, Frau Rothe-Beinlich, Sie wissen das, und was ist der Erfolg dieses Arbeitskreises bisher?

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Heiterkeit AfD)

Zwei Wasserspender an den Eingangstüren dieses Plenarsaals. Das ist Ihr Arbeitskreis.

(Beifall AfD)

Wenn das in dem Tempo weitergeht, wissen wir auch, wo wir dann landen, wenn diese ganzen Reformen, die wir hier anstoßen wollen, umgesetzt werden.

Herr Korschewsky, ein Satz noch zu Ihnen: Aufmerksamkeit erregen, da gebe ich Ihnen recht. Warum sonst stehen und sitzen wir denn hier, wenn wir keine Aufmerksamkeit erregen wollen? Das klappt ja auch heute. Bei der ersten Lesung haben Sie es geschafft, uns in die späten Abendstunden zu verschieben – Sie von den Altparteien –, weil Ihnen das Thema hier peinlich ist, saupainlich, das zu besprechen.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, CDU: Einfach unwürdig und dumm!)

Wir haben uns mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, das hat leider nicht geklappt, umso schöner, dass wir heute bei Tageslicht in einer Vormittagsstunde und bei einer gut besetzten Tribüne – herzlich willkommen nach da oben – dieses Thema in der gebotenen Sachlichkeit debattieren können, so gehört sich das. Und Geschäftsordnungstricks von Ihnen sind ja heute auch ausgeblieben, von daher kommen wir zum Thema.

Das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes, meine Damen und Herren, sieht vor, ungerechtfertigte und überzogene Abgeordnetenrenten abzuschaffen. Stattdessen sollen Abgeordnete wie alle Bürger dieses Landes entweder regulär in die Rentenkasse oder in ein berufsständisches Versorgungswerk einzahlen. Das muss im Kern noch so sein, am Ende wollen wir das auch abschaffen – da bilden wir dann vielleicht mal einen Arbeitskreis, Frau Rothe-Beinlich. Zurzeit geht es aber schnell nur so, dass wir sagen: Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung oder in die berufsständischen Versorgungswerke, beispielsweise für Ärzte, Architekten oder Rechtsanwälte. Es ist nämlich eine unsägliche Ungerechtigkeit, wie mit den Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung umgegangen wird. Angeblich liegen die durchschnittlichen Renten in den neuen Bundesländern bei rund 1.200 Euro. Dieser Betrag ist jedoch eine Illusion, wie Sie alle wissen, denn dafür müsste man nicht nur immer das Durchschnittsgehalt aller Versicherten verdienen, sondern außerdem 45 Jahre berufstätig sein, und erst dann darf man ab der Altersgrenze von 67 Jahren – Tendenz steigend – die Rente beziehen. Das ist völlig unrealistisch, meine Damen und Herren, denn für welchen Facharbeiter – und ich rede jetzt über „eingeborene“

Facharbeiter und nicht über „eingewanderte“ Facharbeiter – trifft das bitte zu? Welcher Bauarbeiter, Dachdecker oder Straßenbauer, welche Krankenschwester oder Pflegekraft kann mit 67 Jahren noch ihren Beruf ausüben? Keiner. Dieses Rentensystem und diese Rentenberechnungen sind blauäugig, streuen den Leuten Sand ins Auge und sind illusorisch. Deswegen sind die wirklichen Beträge, von denen Menschen hier bei uns im Lande draußen jahrzehntelang leben müssen, viel geringer. Im Osten sind es nach einem Arbeitsleben ungefähr 800 Euro bei Frauen und 1.000 Euro für Männer – Herr Korschewsky, das ist die Hälfte dessen, was Sie in neun Jahren hier im Landtag ersessen haben –, nach einem ganzen Arbeitsleben.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, CDU: Einfach nur blöd! Einfach nur blöd!)

Sie nennen sich sozial; ein ganzes Arbeitsleben stecken Sie sich nach fünf Jahren in die Tasche.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, CDU: Einfach nur blöd!)

Präsident Carius:

Herr Korschewsky, bitte mäßigen Sie sich etwas in den Zwischenrufen!

Abgeordneter Brandner, AfD:

Es wäre auch schön, wenn hier ein bisschen Ruhe auf der Regierungsbank wäre. Also wenn Herr Ramelow ...

Präsident Carius:

Die Regierung darf immer reden, aber ich gehe davon aus, dass er Sie nicht weiter stören möchte.

Herr Brandner, bitte.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Herr Ramelow, da können Sie auch noch etwas lernen hier. Hören Sie mir zu!

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Mann, ist das arrogant!)

Präsident Carius:

Herr Brandner – jetzt.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Also ich war dabei, dass die Renten draußen für Frauen 800 Euro nach einem Leben voller Arbeit sind und ungefähr 1.000 Euro für Männer. Ganz anders, Herr Ramelow, die Abgeordneten hier im Thüringer Landtag, nach gerade mal sechs Jahren erhält man zwischenzeitlich knapp 1.400 Euro und diese 1.400 Euro erhält man auch nicht erst wie jeder andere mit 65 oder 67 Jahren, sondern man kann nach einigen Jahren im Parlament den Renteneintritt vorziehen bis auf 57 Jahre, also zehn Jahre eher abschlagsfrei in Rente gehen. Jeder da auf den Rängen – ich weiß nicht, ob Sie das können; ich könnte es nicht, aber unsere Referenten können das –, Sie können sich ausrechnen, wenn Sie zehn Jahre eher in Rente gehen, haben Sie einen Abschlag von ungefähr einem Drittel. Uns Abgeordnete betrifft das nicht. Wir halten uns offenbar für schwer vermittelbar auf dem

Arbeitsmarkt – anders ist es nicht zu erklären – nach einigen Jahren im Parlament und sagen: Arbeitsmarkt geht nicht mehr, wir gehen gleich in die Rente – also auch eine Bevorzugung von Abgeordneten, die durch nichts zu rechtfertigen ist.

Meine Damen und Herren, diese knapp 1.400 Euro, die ich gerade erwähnte, sind auch nur der geringste Zahlbetrag, sozusagen der Einsatz. Das System der Abgeordnetenrenten ist mit zahlreichen Steigerungsfaktoren versehen. Sie kriegen einen richtig feuchten Mund, wenn ich das sage – oder? –, was Ihnen da noch alles in den nächsten Jahren so zufließt! Einerseits werden die zugrunde liegenden Abgeordnetenentschädigungen automatisiert angepasst. Ich hatte das schon gesagt, auch da waren wir dagegen, automatische Diätenerhöhungen wollten wir abschaffen, wir warten auf die Arbeitsgruppe von Frau Rothe-Beinlich. Andererseits steigt der prozentuale Rentenanspruch im Jahrestakt. Nach rund 14 Jahren erhält ein Abgeordneter eine Pension oder eine Rente von 2.500 Euro. Aber da geht noch mehr! Im besten Falle verlässt man das Haus mit sage und schreibe 3.800 Euro Rentenanspruch heute, in Zukunft wird wahrscheinlich die 4.000er-Marke demnächst geknackt werden. Das ist, wenn ich mich richtig informiert habe, ein Betrag, den ein deutscher Rentner aus der Deutschen Rentenversicherung niemals erreichen wird, egal, wie lange er einzahlt, egal, wie viel er verdient. Das haben wir hier nach 23 Jahren schon so gut wie sicher. Damit wollen wir von der AfD Schluss machen.

Meine Damen und Herren, die AfD lehnt eine solche Besserstellung – ich habe das deutlich gemacht – auf Kosten der Allgemeinheit ab. Demokratische Werte und der Anspruch der Abgeordneten, Volksvertreter zu sein, erlauben keine ungerechtfertigte, ja geradezu hemmungslose Selbstbedienung aus der Steuerkasse. Die Abgeordnetenrenten belasten die Allgemeinheit nämlich doppelt. Einerseits werden diese horrenden Renten aus der Steuerkasse gezahlt, andererseits zahlen die Parlamentarier keinen Cent in die Rentenkasse ein. Die Folgen dieser Zweiklassengesellschaft erleben wir seit Jahren. Die Durchschnittsrenten sinken und sinken, Herr Ramelow, und in der Politik gibt es keinerlei Bereitschaft, die gesetzliche Rente wieder auf einen grünen Zweig zu bringen.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Die Rechtsanwälte sind in ihrer Rechtsanwaltskammer!)

Auf der anderen Seite steigen und steigen die Abgeordnetenrenten, und das kann nicht sein. Das ist sozial ungerecht, das wollen wir beenden.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Herr Brandner hat das anscheinend noch nicht verstanden!)

Aber Sie haben doch auch Rentenansprüche hier ersessen, Herr Ramelow, oder?

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Deswegen gehen Sie ja in den Bundestag, damit Sie auch was kriegen!)

(Heiterkeit DIE LINKE)

Aber im Bundestag waren Sie doch auch, Herr Ramelow.

Ich folge Ihnen. Also wenn Herr Höcke keine Lust mehr auf den Ministerpräsidenten hat, dann mache ich das.

Präsident Carius:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen keine Zwiesgespräche, weder von hinten, von vorn noch den Seiten haben. Herr Brandner, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Schön, dass Sie daran erinnern, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren, unser Gesetzentwurf sieht daher vor, dass die Abgeordneten genau wie alle anderen draußen in die Rentenkasse einzahlen und von dort dann zu gegebener Zeit zu den dortigen Bedingungen mit 67 eine Rente beziehen. Dieser Gesetzentwurf ist ein erster Schritt hin zu einer weitergehenden Rentenreform. Er ist sozial gerecht und ein Schritt in die richtige Richtung und ein Schritt vor allem, den wir sofort gehen können, ohne die Rothe-Beinlich'sche Arbeitsgruppe abwarten zu müssen. Die von uns geforderte Anpassung liegt im Rahmen des rechtlich Möglichen und kann sofort vollzogen werden. Mit unserem Gesetzentwurf fließt das Geld dann nicht mehr direkt aus dem Landeshaushalt als faktische Pension in die Tasche der Abgeordneten. Stattdessen geht die Zahlung vom Landeshaushalt in die Rentenkasse und steht dort im Rahmen der Umlagefinanzierung der Allgemeinheit und allen Rentenbeziehern zur Verfügung. Das Geld des Steuerzahlers fließt also dann erst mal in die Rentenkasse und von dort wird es solidarisch umverteilt – so wie es sein soll.

Vor allem die Linke – und jetzt komme ich noch mal zu Ihnen, Herr Korschewsky, und Ihren Genossen – zeigt mal wieder, dass sie von politischer Demenz befallen ist. Die Forderung, dass die Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen soll, hat die Linke mit der Regierungsübernahme komischerweise – ich habe es vorhin schon erwähnt – über Bord geworfen, so wie alle ihre Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, die sie vergessen hat, seitdem sie ihren Worten Taten folgen lassen könnte, es aber nicht tut.

Herr Ramelow, ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag. Tun Sie etwas für die demografische Entwicklung in unserem Land!

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: So etwas von niveaulos!)

Unser Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, legt den Finger tief in die Wunde der Selbstbedienung hier im Haus. Natürlich hat man verhindert, dass darüber öffentlich diskutiert wird – ich habe die erste Lesung angesprochen. Man wollte die erste Lesung in die späten Abendstunden verschieben und hat es auch geschafft. Unbeachtet, heimlich, still und leise wollte man unseren Vorschlag, der die Ungerechtigkeit bekämpfen will, von der Tagesordnung nehmen und vor der Öffentlichkeit verstecken. Es gab dann in der letzten Plenarsitzung einen Kompromissvorschlag des Vizepräsidenten Höhn – für den ich mich noch mal bedanke –, dass unser Gesetzentwurf zu prominenter Stunde debattiert wird, so wie heute. Leider wurde das von den Fraktionsvorsitzenden Henning-Wellsoh und Mohring – also der faktischen Großen Koalition in diesem Hause – abgelehnt. Die hatten widersprochen und damit den parlamentarischen Abend der Handwerker bewusst torpediert. Es ging also auf Rechnung der Linken und der CDU hier im Hause, dass der Präsident des Handwerkertags seine Rede nicht halten konnte und viele hart arbeitende Handwerker enttäuscht waren und frühzeitig abreisten. Ich sage ebenso deutlich, dass Herr Ramelow – ich glaube, er weiß schon, warum er jetzt gegangen ist – draußen, während wir hier debattierten, die Fakten verdrehte und die Urheberchaft anderen aufbürden wollte.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt reicht es aber!)

Herr Ramelow, wo immer Sie gerade sind, vielleicht hören Sie mir noch zu, Ihre Parteigenossin Hennig-Wellsow und Ihr häufiger Gehilfe Mohring haben den Handwerksabend verhindert, weil die Altparteien

Präsident Carius:

Herr Brandner!

Abgeordneter Brandner, AfD:

nicht an der öffentlichen Debatte um diese ungerechtfertigten Renten interessiert waren.

Präsident Carius:

Herr Brandner, jetzt bitte ich Sie, wieder zum Thema zurückzukommen.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich komme nicht nur zum Thema, sondern auch zum Ende. Das zeigt, wie richtig dieser Gesetzentwurf ist. Das zeigt, wie wichtig die AfD als einzige Oppositionsfraktion hier in diesem Hause ist. Und das zeigt, dass die AfD die einzige Partei in diesem Hause ist, die für soziale Gerechtigkeit und Solidarität steht –

(Beifall AfD)

(Heiterkeit DIE LINKE, SPD)

gestern, heute und morgen, meine Damen und Herren. Gehen Sie noch mal in sich und versuchen Sie, über Ihren Schatten zu springen, um diesem wichtigen Gesetzentwurf doch noch zuzustimmen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

[...]

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich hoffe, den Zuschauern auf der Tribüne wird klar, dass in der Sache hier gar keine Auseinandersetzung stattfindet. Merken Sie das? Wir haben einen Antrag gestellt und hier kommen nur menschliche Sachen wie: „Das ist erbärmlich“, „menschlich mies“, da wird mit dem Finger auf andere gezeigt, auf Managergehälter. Herr Kubitzki, wir sind gar nicht zuständig für Managergehälter hier in diesem Land. Wir reden hier über Landesrecht, wofür wir zuständig sind, und da ist es Tatsache, dass wir unsere Renten beschneiden können; für alles andere sind wir nicht zuständig. Und wenn wir über Managergehälter reden, dann denke ich auch gleich an die SPD und an die ehemalige VW-Ethik-Chefin, Frau Hohmann-Dennhardt, die nach 14 Monaten 13 Millionen Euro Abfindung bekommen hat, die gute Sozialdemokratin, die freut sich, die braucht auch keinen Rentenanspruch mehr, ja.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Sie wollen doch über Leute reden!)

Im Übrigen, Herr Kubitzki und Sie von den Rot-Grünen, Sie können alles, was Sie jetzt fordern, zurzeit im Bund umsetzen. Rot-Rot-Grün hat die Mehrheit im Bund. Sie müssen einfach nur den Schneid und den Arsch in der Hose haben und den Martin Schulz, Ihren Heilsbringer, zum Kanzler wählen und dann können Sie alles das umsetzen, was sie den Leuten draußen für die nächsten Jahre versprechen. Das zeigt Ihre Verlogenheit. Sie wollen gar nichts ändern. Sie tun so, als würden Sie es in der nächsten Legislaturperiode machen. Sie können es jetzt machen. Machen Sie es einfach! Haben Sie den Schneid!

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Jetzt bitte ich Sie, Ihre Wortwahl zu mäßigen, Herr Brandner. Verlogenheit geht auch nicht.

Falls Sie sich auf der Zuschauertribüne noch der eine oder andere fragt, warum die Landesregierung jetzt nicht spricht, darf ich erklären: Die Landesregierung enthält sich glücklicherweise bei Angelegenheiten, die das Parlament betreffen und nicht die Regierung. Herzlichen Dank dafür! Das ist also keinen Vorwurf Wert, sondern völlig in Ordnung.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Wenigstens diesmal!)